Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 609 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.35 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Illustrierte Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Illu. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt)

Morgen-Ausgabe

Anzeigengebühren für die sieben-spaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. H. Simon, Halle

Donnerstag, 29. November 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Schwere Schiffsverluste der Alliierten und Neutralen

Die Kämpfe im Westen

Berlin, 28. Nov. In Flandern setzte am 27. November gegen 4 Uhr morgens starke feindliche Artillerietätigkeit gegen unsere Küstenstellungen ein, die bis 8 Uhr vormittags anhielt. Sie erreichte um 6 Uhr 30 Min. vormittags größte Stärke, ohne daß Angriffe erfolgten. Nachmittags steigerte sich das feindliche Feuer vom Houthoulster Walde bis Zandvoorde und schwoll besonders auf unserem Stellungsbogen von Ypern erheblich an. Um 5 Uhr setzte auf den Stellungen von Paschendaele ein halbstündiges starkes Feuer ein. Zu gleicher Zeit erhielt auch die Gegend von Becelaere bis Gheluvelt stärksten Beschuß. Nachts lagen unsere Stellungen in der Gegend von Dixmude bis zum Houthoulster-Walde unter starkem Störungsfeuer. Auch nach Süden bis nach Zandvoorde währte die gesteigerte Artillerietätigkeit bis in die Dunkelheit. Sie schwoll mehrfach zum Trommelfeuer an. Feindliche starke Patrouillen südlich der Bahn Boesinghe—Staden und nordwestlich von Paschendaele wurden restlos abgewiesen. Bei erhöhter Feuertätigkeit im Artois wurden starke feindliche Patrouillen an der Bahn Arras—Douai zurückgeschlagen, während eigene Stoßtrupps westlich Deuscmont Gefangene einbrachten.

Auf der Kampffront südwestlich Cambrai lag in den frühesten Morgenstunden des 27. November starkes Feuer, das sich von 7 Uhr vormittags ab von Bullecourt bis Fontaine zu stärkster Heftigkeit erhob. Kurz darauf entbrannten auf der Front von Bourlon bis Fontaine außerordentlich erbitterte Kämpfe. Der Engländer führte starke tief gegliederte Infanterieangriffen mit zahlreichen Panzerkraftwagen in den Kampf. In immer wiederholten Angriffen stürmte er ohne jede Rücksicht auf Verluste gegen unsere Stellung an. Es gelang ihm schließlich, sich in den Besitz von Bourlon (Wald und Dorf) zu setzen und auch in Fontaine einzudringen. Unsere rechtzeitig angesetzten und kraftvoll durchgeführten Gegenangriffe warfen ihn in heißem Kampf aus dem Dorfe Bourlon in den Wald zurück. Zahlreiche zerschossene Panzerkraftwagen liegen hier in und vor unserer Stellung. Auch aus Fontaine wurde der Feind in erbittertem Ringen wieder hinausgeworfen. Hier brach erneut eine Anzahl feindlicher Tanks vor unseren Gräben zusammen; sodann wurden zur schleunigen Rückkehr gezwungen. Ueber 200 Gefangene, die in einem Teil der englischen Gerde angehörten, sowie zahlreiche Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Die erbitterten Kämpfe, zu denen die Engländer immer wieder frische Reserven einsetzten, dauerten bis zum Einbruch der Dunkelheit. Bis auf den Südteil des Bourloner Waldes wurden sämtliche Stellungen den Engländern wieder entrissen, die bei ihren Angriffen und unserem Gegenstoß außerordentlich blutige Verluste erlitten.

Auch in dem Abschnitt von Moeuvres und Bullecourt und im Süden von Ruméilly und Crevecourt bis Banteux lag starkes feindliches Feuer, das erst am Spätnachmittage nachließ. Ein zwischen Moeuvres und Bourlon unternommener schwächerer Angriff brach in unserem Abwehrfeuer zusammen.

An der übrigen Westfront an vielen Stellen lebhaftere Feuertätigkeit. In der Champagne erfolgte am Morgen des 27. November nach kurzer heftiger Feuervorbereitung ein Vorstoß zweier starker Erkundungsabteilungen gegen unsere Stellungen nordöstlich von Tahure. Unser Gegenstoß warf den eingedrungenen Feind unter Zurücklassung von Gefangenen sofort wieder hinaus. Die Behauptung des gesteigen Eifelberichtes, westlich Tahure einen erfolgreichen Handstreich durchgeführt zu haben, ist unwahr.

Neue russische Geheim-Dokumente

Stockholm, 28. Nov. In der „Prawda" vom 24. November wird die Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringem Interesse.

Am 5. März 1916 telegraphierte Sasanow dem Botschafter in Paris präzisierte Aeußerungen über Frankreichs Zustimmung zu Rußlands Wünschen betreffend Konstantinopel. In einem Chiffretelegramm vom 10. September 1917 an die russischen Botschafter in Paris, London, Tokio und Washington und den Gesandten in Stockholm spricht Terestschenko über die Entwickelung der Kornilow-Affäre, die wesentlich auf Mißverständnissen beruhe, sowie über die Ernennung Kerenskis zum höchsten Oberbefehlshaber, die zur Beruhigung der diplomatischen Elemente und der Soldaten notwendig war. Ein weiteres Telegramm des Außenministers vom 9. Oktober an die gleichen Botschafter berichtet über die Stimmung beim Zustandekommen des Vorparlaments, in dem eine wichtige Errungenschaft gesehen wird. In einem Telegramm an die gleichen Botschafter über den Fall Riga weist Terestschenko auf den starken Eindruck dieses Vorfalles hin, auf die weiteren Anstrengungen der russischen Regierung, den Krieg um jeden Preis fortzuführen, während die Bundesgenossen ausscheinend ihr Vertrauen verweigerten. Das Telegramm weist ferner auf die große Bedeutung der russischen Offensive im Juli hin. Am 30. September 1917 telegraphierte Terestschenko an die Vertreter Rußlands in Paris, Rom und London über die Konferenzen in Paris und London, in denen eine gegenseitige materielle Unterstützung zur Fortsetzung des Krieges besprochen worden sei und erklärt die Geneigtheit, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zu dem Vorschlage zu ergreifen, daß sie aktiver als bisher an der Organisation der Industrie und der Kommunikationen in Rußland teilnehmen möchten.

Versenkung eines amerikanischen 5000-Tonnen-Dampfers

La Coruna, 27. Nov. (Reutermeldung.) 21 Ueberlebende von dem amerikanischen 5000-Tonnen-Dampfer „Actacon", der am Sonntag nachmittag versenkt wurde, sind in einem Hafen der kanarischen Inseln gelandet. Drei Boote mit dem Rest der Mannschaft werden noch vermißt.

Versenkte Schiffe

Rotterdam, 28. Nov. „Maasbode" meldet, daß der englische Dampfer „Changula" (1754 T.) auf der Reise von Liverpool nach Rotterdam torpediert wurde und sank. Der englische Segler „Ramona" (127 T.) ist gesunken. Nach einer Meldung ist ein am 10. November aus Hull nach Norwegen ausgefahrener Wilson-Dampfer überfällig. Man glaubt, daß er aus dem seitdem eingetroffenen Geleitzug weggeschossen wurde. Der norwegische Dampfer „Viktoria" (966 T.) wurde am 17. November torpediert. Der norwegische Dampfer „Krossfond" (1707 T.) ist am 22. November entweder auf eine Mine gelaufen oder torpediert worden. Der schwedische Dampfer „Esmeralda" wurde versenkt.

Rotterdam, 28. November. „Maasbode meldet: Das norwegische Segelschiff „Cedarbank" (2825 To.) wird seit dem 9. Mai vermißt. Der norwegische Dampfer „Thor" (4739 To.) ist auf der Reise von San Francisco nach Yokohama untergegangen. Die Dampfer „Rizal" (2744 To.) und „Villena" (956 To.) sind im Mittelmeer torpediert worden. Die Dampfer „Halifax" (1875 To.) und „Rio de Janeiro" (3583 To.) sind versenkt worden.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 28. Nov., abends. (Amtlich.) Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet worden.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 28. Nov. Amtlich wird verlautbart:

Nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Eine Programmrede Trotzkis

Stockholm, 28. Nov. Im Zentralkomitee des Arbeiterrats hielt Trotzki folgende bemerkenswerte Programmrede: „Die arbeitenden Klassen Europas betrachteten anfangs das bolschewistische Friedensmanifest als eine reine Parteisache. Rußlands Alliierte stellten sich äußerst feindlich. Ihrem Siege ließen die Bolschewiki sofort praktische Maßnahmen folgen. Die in Petersburg beglaubigten Diplomaten sind in praktischen Fragen bereits mit den Bolschewiki in Verbindung getreten. Am feindlichsten stellte sich England, das bei einer Fortsetzung des Krieges am wenigsten riskiert. Frankreich befindet sich mit dem Ministerium Clemenceau in der letzten imperialistischen Krampfzuckung. Italien begrüßte die Revolution mit Begeisterung. (?) Amerika ging in den Krieg, nur aus Börseninteressen. Weil Europa bereits ausreichend ermattet ist, wird es der russischen Sowjetregierung Toleranz zeigen. Die Geheimverträge, die sich alle in meiner Hand befinden, sind weit zynischer, als angenommen wurde. Ich werde durch meine Politik den Druck auf Westeuropa vermehren."

Versammlung russischer Politiker im Hauptquartier

London, 28. Nov. (Reuter-Meldung.) „Times" erfahren aus Petersburg, daß an der Versammlung der politischen Führer, die im Hauptquartier zu dem Zweck stattfand, eine Regierung zu bilden, in der alle Parteien vertreten wären, auch Tscherkow, Alsentiew, Miljukow, die Generale Werschowski und Zwanow sowie andere teilnahmen. Offenbar hat man noch nicht versucht, Duchonin zu ersetzen. Dieser erklärte, daß er den vergessen lassen würde, der käme, um seinen Platz einzunehmen. Das Regierungsblatt „Prawda" teilt mit, daß Petersburg auf lange Zeit hinaus vor Hungersnot gesichert sei, da eine Anzahl Schiffe mit Getreide sich bereits auf der Newa befände. Die Ankunft dieser Schiffe wird auf die Wahlen einen günstigen Einfluß ausüben.

Kaledin, der gute Freund der Alliierten

Amsterdam, 27. November. Der Berichterstatter der „Morning-Post" in Petersburg setzt alle Hoffnungen auf Kaledin, der ein guter Freund der Alliierten sei und in Zukunft mit ihnen zusammenarbeiten werde. Der gewaltige Fleischvorrat des russischen Reiches befindet sich in seinen Händen. Das Dongebiet, ein großer Teil von Kleinrußland, die Provinzen an der unteren Wolga und Turkestan seien unter den Namen „Südöstliche Union" vereinigt worden. Dieses Gebiet versorge ganz Rußland mit Lebensmitteln. Kaledin beherrscht die Lage und diejenigen, denen er diene, würden keine Befehle von Kerenski, Lenin oder sonst jemanden annehmen.

Drahtlose Verbindung Petersburg—Berlin

London, 25. Nov. (Reuter.) Ein Telegramm aus Washington besagt: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg—Berlin in drahtloser Verbindung stehen.

Der erste Eindruck

Von Walther Graef, M. d. A.

Sämtliche Parteien des Landes waren sich seit Jahren darin einig, daß eine Verbesserung des bisherigen Dreiklassen-Wahlrechts zum Abgeordnetenhause erforderlich sei; auch die konservative Partei hat wiederholt, so noch im Januar 1915 und 1916, im Landtage erklärt, daß sie bereit sei, daran positiv mitzuarbeiten. Bis zum Juli d. Js. aber hat die Regierung stets betont, daß die Reform erst nach dem Kriege erfolgen dürfe, da eine Beratung dieser schwierigen und in ihren Einzelheiten viel umstrittenen Frage zu einer schweren Gefährdung des inneren Burgfriedens führen müsse; noch die Osterbotschaft des Königs vom Frühjahr dieses Jahres hält an diesem Standpunkt fest. Ebenso sind die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und das Zentrum des Abgeordnetenhauses sowie die Regierung stets gegen eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gewesen. Im Juni dieses Jahres haben Verhandlungen zwischen Vertretern der genannten vier Parteien unter Teilnahme eines Vertreters des Ministeriums des Innern stattgefunden, um auf Grund der Osterbotschaft eine Vereinbarung über die Wahlreform zu erzielen. Diese Verhandlungen führten zu einer Einigung; die Grundzüge eines geheimen und direkten Mehrstimmenwahlrechts wurden festgelegt.

Alle diese Vorarbeiten wurden gegenstandslos, als es Herrn von Bethmann Hollweg gelang, am 10. Juli d. Js. die Zustimmung des Monarchen zu einer Erklärung für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu gewinnen. Herr von Bethmann, der sich mitten in der am 6. Juli ausgebrochenen Kanzlerkrisis befand, hoffte durch diese Erklärung die Zustimmung der Reichstagsmehrheit zu seinem Verbleiben im Amte zu erreichen; er ließ die Erklärung daher in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli veröffentlichen, nachdem die Zentrums- und die nationalliberale Fraktion des Reichstags am Nachmittag des 11. Juli sich gegen eine weitere Kanzlerschaft Bethmanns erklärt hatten. Niemals ist erstaunlicher von einem leitenden Staatsmann gehandelt worden, als es hier von Herrn von Bethmann im rein persönlichen Interesse geschah. Der Monarch hatte sich, nachdem am Abend des 9. Juli ein Kronrat die preußische Wahlrechtsfrage beraten hatte, bereits gegen das Reichstagswahlrecht für Preußen entschieden, als Herr von Bethmann mit der Begründung, sonst gehen zu müssen, eine entgegengesetzte Entscheidung herbeiführte.

Wer diese Vorgeschichte der jetzigen Regierungsvorlagen kennt, wird sich der Verpflichtung nicht entziehen können, diese Vorlagen unter dem Gesichtspunkte des preußischen Staatsinteresses ernstlich zu prüfen. Wenn jetzt das Reichstagswahlrecht auf das preußische Abgeordnetenhaus ausgedehnt werden sollte, so geschieht das im Widerspruch zu dem Standpunkt, den die Kgl. Staatsregierung bis zum Juli d. Js. eingenommen hat, und im Widerspruch zu den tatsächlichen Wünschen der vier großen Parteien des Hauses. Noch am 7. Oktober hat der inzwischen zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ernannte nationalliberale Führer Dr. Friedberg in einem Vortrag in Hannover sich gegen das Reichstagswahlrecht für Preußen ausgesprochen. Sollte die nationalliberale Fraktion sich jetzt für die Regierungsvorlage erklären, so würde sie sich damit lediglich dem Drucke beugen, den die von Herrn von Bethmann erzwungene Erklärung des 11. Juli in ihren Folgewirkungen ausübt. Aehnlich liegt es beim Zentrum, das im Reichstag zwar sich theoretisch für das gleiche Wahlrecht erklärt hat, dessen Mitglieder im Landtage aber ganz anders darüber denken.

Die Einführung des Reichstagswahlrechts für das Abgeordnetenhaus heißt, der Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit Zentrum, Polen, Welfen und Dänen zu einer sicheren Mehrheit verhelfen; ja die Sozialdemokratie würde in der Lage sein, auch ohne das Zentrum mit Polen, Welfen, Dänen und Fortschrittlern eine Mehrheit zu bilden. Die alte Ostmarken-Mehrheit — Konservative, Freikonservative und Nationalliberale — würde zu einer hoffnungslosen Minderheit werden; mit der preußischen Polenpolitik wäre es also ein- für allemal zu Ende. Was das bei der bedrohlichen Aussicht, die die Errichtung eines selbständigen Polens für Preußen ohnehin bedeutet, an Folgen für das Deutschtum in den preußischen Ostprovinzen zeitigen müßte, liegt auf der Hand. Unsere Steuerpolitik in Staat und Gemeinde wird bei einem rettungslos demokratisierten Abgeordnetenhaus Formen annehmen, die gleichbedeutend mit einer allmählichen Entrechtung jeglichen Besitzes sein werden. Der evangelischen Kirche, die auf erhebliche staatliche Zuwendungen angewiesen ist, wird ein demokratisierter Landtag sehr bald den Kreiskorb

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711291-15/fragment/page=0001

empfindlich hoch hängen. Die Radikalisierung des Gemeindewahlrechts kann nur eine Frage kurzer Zeit sein; auch die städtische Vermögensverwaltung kommt damit in die Hände derer, die keine oder keine nennenswerten Steuern zu zahlen haben. Die bisherige führende Stellung der Monarchie wird sehr bald einem Scheinkönigtum weichen müssen; man sieht ja, wie schnelle „Fortschritte" wir nach der Richtung hin im Reiche unter der erfolgreichen Erpressertaktik der demokratischen Reichstagsmehrheit machen.

Dieser Entwicklung wird auch das Herrenhaus keinen dauernden Widerstand entgegensetzen können. Das „Berliner Tageblatt" deutet bereits an, zu einer wirklichen Reform des Herrenhauses werde es an der Zeit sein, sobald das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus seine Wirkung getan habe, was auf deutsch heißt: haben wir erst ein demokratisches Abgeordnetenhaus, so wird es dem Herrenhaus eine solche Zusammensetzung geben und seine Rechte so beschneiden, daß dieses nicht mehr in der Lage ist, sich der Demokratie entgegenzustemmen. Das englische Oberhaus, das von der dortigen Regierung und dem Unterhaus der Homerule-Frage wegen im letzten Jahrzehnt völlig machtlos gemacht ist — ein von der Regierung und vom Unterhaus zweimal angenommener Entwurf wird Gesetz, auch wenn das Oberhaus ihn ablehnt — zeigt ja zur Genüge, wie man es anfangen muß, um den mißliebigen Einfluß einer ersten Kammer auszuschalten. Und daß die preußische Regierung sich gegen eine solche Entwicklung im Widerspruch zu einem radikalen Abgeordnetenhaus auf die Dauer nicht wehren können wird, daran ist nach allem, was wir in den letzten Monaten im Reiche erlebt haben, denn doch nicht mehr zu zweifeln.

Deshalb ist die Vorlage über das Herrenhaus ziemlich nebensächlich: sie wird nicht lange Gesetzeskraft haben, falls das gleiche Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus verwirklicht wird. Abgesehen davon muß man diese Vorlage, vorbehaltlich einer Prüfung im einzelnen, ihrer Gesamttendenz nach begrüßen. Die beruflich einseitige, bisherige Zusammensetzung des Herrenhauses bedarf der Abänderung, um dieser Kammer mehr Rückhalt im Volke zu schaffen. Daß die Vorlage keine Vertretung der Arbeiterschaft vorsieht, liegt wohl am Mangel einer Standesvertretung der Arbeiter, die als Wahlkörper dienen könnte. Wahrscheinlich wird nach Schaffung der geplanten Arbeitskammern eine Anzahl ihrer Mitglieder aus königlichem Vertrauen ins Herrenhaus berufen werden.

Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Herrenhauses bei der Feststellung des Staatshaushaltsplanes geht u. E. nicht weit genug. Das Etatsrecht des Herrenhauses ist bei seiner Schaffung gegenüber dem des Abgeordnetenhauses beschränkt worden, weil im Herrenhaus nicht, wie es die zweite Kammer damals wollte, Vertreter der wichtigsten Berufsstände Platz fanden. Wenn dieser Mangel jetzt beseitigt wird, fällt auch die Ursache des minderen Etatsrechts der ersten Kammer fort. Man sollte deshalb dem Herrenhaus ebenso wie dem Abgeordnetenhaus das Recht zur Abänderung des Staatshaushaltsplans im einzelnen einräumen und, wenn keine Uebereinstimmung zwischen beiden Häusern zu erzielen ist, die Entscheidung in die Hände eines gemeinsamen Einigungsausschusses legen. Im Königreich Sachsen besteht eine solche Vorschrift, die sich durchaus bewährt hat. —

Die Staatsregierung dürfte sich selbst nicht darüber im Unklaren sein, daß das gleiche Wahlrecht eine Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ergeben wird, mit der sich sehr schwer wirtschaften lassen wird, und man hat Grund zu der Annahme, daß die Regierung sich mit der Hoffnung trägt, allerlei Gesetzentwürfe, auf deren Annahme sie Wert legt, noch zu Lebzeiten des jetzigen Hauses zu verwirklichen. Eine schärfere Sachkritik der Wahlrechtsvorlage als dieser Umstand läßt sich kaum denken. Ein pflichtbewußter Landtag wird darum Bedacht tragen, der Vorlage eine Fassung zu geben, die auch für die Zukunft eine den preußischen Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragende Abgeordneten-Mehrheit gewährleistet.

Hungersnot an der russischen Nordfront

Amsterdam, 26. November. „Daily News" meldet aus **Petersburg**: Der Zustand an der nördlichen Front ist beunruhigend. Es soll Hungersnot herrschen. Eine Woche lang gab es dort kein Brot, Biskuit war nur für zwei bis drei Tage vorhanden. An der Front von Dünaburg hungern die Soldaten ebenfalls, sie haben fast nichts zu essen. Man befürchtet Unruhen unter den Truppen. Anstatt der hundert täglichen Waggonladungen kommen höchstens zwanzig an. Die Verwirrung im Transportwesen nahm durch die jüngsten Ereignisse noch zu. Truppen, die nach verschiedenen Plätzen geschickt worden waren, wurden angehalten, da die Eisenbahnlinien aufgerissen waren, um den Vormarsch nach Petersburg zu verhindern. Sie befinden sich in Städten, wo Lebensmittel nicht erhältlich sind.

Republik Kaukasien

Stockholm, 28. November. Aus Haparanda wird gemeldet: Kaukasien habe sich schon von Rußland losgerissen und eine eigene Regierungsmacht gegründet, sowie ein Parlament gebildet. Diesem gehörten 40 Sozialisten an, unter diesen sei nur ein Bolschewik. Alles sei ruhig.

Kaledin und seine Drahtzieher

Berlin, 29. Nov. In der „B. Z." wird über Kaledin und seine Drahtzieher berichtet, man wolle in Petersburg wissen, daß Verhandlungen zwischen dem bisherigen Oberbefehlshaber Duchonin und Kaledin festgestellt wurden, und daß ein großangelegter Versuch einer Gegenrevolution eingeleitet worden sei, wobei Petersburger Ententebotschafter eine wesentliche Rolle spielten.

Eine Landarbeiterbewegung in Italien

Bern, 28. November. „Avanti" erhielt Nachrichten über eine große Landarbeiterbewegung in der Provinz Rom, die mit der wahrscheinlich überall erfolgenden Auflösung zahlreicher Gemeindeverwaltungen im Zusammenhange steht. Viele Frauen wurden wegen Gefährdung der freien Landarbeit mit Gefängnis bestraft. Das Blatt richtet eine Mahnung an alle Sozialisten, in den besetzten Gebieten zu bleiben.

Papier-Einschränkung der schweizerischen Zeitungen

Bern, 28. Nov. Das Volkswirtschafts-Departement hat eine Verfügung erlassen, wonach die schweizerische Tagespresse den Papierverbrauch des Monats Dezember 1917 gegenüber demjenigen des Dezember 1916 mindestens um 10 bis 20 Prozent einschränken muß.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. November 1917.

Am Ministertische: Hergt, v. Eisenhart-Rothe.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Zu Ehren des verstorbenen Abgeordneten Gottschalk-Sauerwalde (Kons.) erhob sich das Haus.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Firma und Grundkapital der Seehandlung. Nach dem Antrage der Kommission wird die Firma dahin geändert, daß statt „Königl. Preußische Staatsbank (Seehandlung)" gesetzt wird „Preußische Staatsbank (Königliche Seehandlung)". Der Gesetzentwurf wurde in zweiter und dritter Beratung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgte die Beratung der Anträge der verstärkten Haushaltskommission betr. die Sicherstellung der Volksernährung.

In Verbindung damit werden beraten die Anträge des Konservativen auf Freigabe von Leder für die Landwirtschaft, betr. Wiederherstellung der Freizügigkeit des Handels, betr. Überlassung von Holz an die Bäcker, betr. die Zucht des schweren Pferdes, und die Anträge der Volksparteien betr. die Zusammenlegung gewerblicher Betriebe und betr. Überweisung von Mahlausträgen an die kleineren und mittleren Wassermühlen.

Die Anträge der Kommission fordern insbesondere Förderung der landwirtschaftlichen Produktion.

Zweiter Berichterstatter Abg. Lippmann (Vpt.): Die Grundlage der Bewirtschaftung der Ernte dieses Jahres darf nur eine gesunde Statistik sein. Deshalb sollte die ländliche Bevölkerung über ihre Vorräte genaue Angaben machen. Falsche Angaben gereichen ihr selber zum größten Nachteil, wie wir das bei dem Mangel an Saatkartoffeln im letzten Frühjahr gesehen haben. Die neue Ernte in Brotkorn ist mäßig, in Futterkorn schlecht, in Kartoffeln dagegen gut. Bei reichlicher Kartoffelernte ist aber die Ernährung der Bevölkerung gesichert. Wünschenswert ist eine Vergrößerung der Anbaufläche für Kartoffeln. Vor allem müssen Saatkartoffeln rechtzeitig in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Es ist zu hoffen, daß die bisherige Brotration aufrecht erhalten werden kann, dagegen ist bei der Fleischration hierauf nicht mit Sicherheit zu rechnen. Durch die Abschlachtung der jungen Schweine ist der Schweinebestand der Friedenszeit um 50 Prozent herabgemindert worden. Die Kommission empfiehlt, Eier, Obst und Gemüse von der Zwangsbewirtschaftung, die sich nicht bewährt hat, zu befreien. Vieloob wurde angeregt, den durch die Kriegsgesellschaften eingeengten Handel wieder in seine Rechte einzusetzen. Nach Friedensschluß muß der Handel jedenfalls, namentlich für den Lebensmitteleinkauf wieder freie Hand erhalten. Die Bürokratie ist nicht fähig, den Handel für den Auslandsmarkt nach dem Kriege zu ersetzen. Wir müssen darauf bedacht sein, nach dem Kriege die Produktionskraft unserer Industrie durch Beschaffung von Rohstoffen wiederherzustellen, damit wir den wirtschaftlichen Kampf gewinnen können, den England vom Zaune gebrochen hat. Ich hoffe, daß die Landwirtschaft die Anordnungen des Kriegsernährungsamtes in Ernährungsfragen erfüllen wird.

Staatskommissar für Volksernährung v. Waldow: Ich rechne auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem hohen Hause. Mit Ihrer Unterstützung, hoffe ich, wird es uns gelingen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, den uns aufgedrungenen Existenzkampf siegreich zu bestehen und den Aushungerungsplan Englands zu schanden zu machen. Ich bin bereit, Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu prüfen. Solange aber unsere Abwerrung vom Weltmarktverkehr fortdauert, muß an dem Grundsatz der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel festgehalten werden. Der vom Reichstag gegebenen Anregung, den Gemeinden aus Reichsmitteln Zuschüsse zu gewähren, um die Lebensmittelpreise für die minderbemittelte Bevölkerung herabzumindern, steht die Regierung wohlwollend gegenüber. In das neue Wirtschaftsjahr sind wir nicht ohne Schwierigkeiten eingetreten. Wir waren zu einer Herabsetzung der Mehlration genötigt. Der Kartoffelmangel hat bis in den August angehalten. Mit Eintritt des neuen Wirtschaftsjahres ist eine Erleichterung eingetreten. Wir konnten die Mehlration erhöhen und auch die Kartoffelversorgung ist reichlicher geworden. Es ist zu hoffen, daß unsere Brotgetreideversorgung für das ganze Jahr gesichert ist. Freilich müssen wir mit den Vorräten sparsam umgehen. Die Befürchtungen, daß durch den Frühdrusch Getreidemengen verdorben sind, sind nicht eingetroffen. Die Kartoffelernte kann als befriedigend, stellenweise als gut bezeichnet werden. Dem Wunsch, die Kartoffelration auf 10 Pfund zu erhöhen, kann leider nicht entsprochen werden. Bei der geringen Ernte in Hafer und Gerste steht leider für Schweine und Rindvieh Körnerfutter nicht zur Verfügung, und deshalb ist es notwendig, den Schweinebestand zu verringern. Wir werden auch die Höhe des Rindviehbestandes mit den verfügbaren Futtermitteln in Einklang bringen müssen. Das wird naturgemäß seine Wirkung auf die Versorgung mit Fleisch und auf die Gewinnung von Milch und Fett äußern. Durch die Maßnahmen der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Brotaufstrichmitteln gesichert. Würde man Obst und Gemüse von der Zwangsbewirtschaftung frei lassen, so würden die Preise steigen und die minderbemittelte Bevölkerung würde nichts kaufen können. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion halte auch ich für eine der wichtigsten Aufgaben unserer Kriegswirtschaft. Die Gesamtlage unserer Ernährung ist derart, daß unsere Versorgung mit den Hauptnahrungsmitteln Brot und Kartoffeln gesichert ist, und daß die Schwierigkeiten auf anderen Gebieten überwunden werden. Wie unsere Helden auf dem Schlachtfelde kämpfen, so sollte auch die Bevölkerung auf dem Lande und in der Stadt in Vaterlands- und Pflichtgefühl zusammenstehen; dann werden wir unserer Helden draußen würdig, dann werden wir trotz der Übermacht der Feinde siegreich aus dem Kampf hervorgehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. d. Osten (Kons.): Der Appell des Herrn Staatssekretärs, an das Vaterlands- und Pflichtgefühl findet bei der Landwirtschaft ein lebhaftes Echo. Die Produzenten auf dem Lande müssen in die Lage gesetzt werden, gut und reichlich zu produzieren. Die Überfülle von Verordnungen ist garnicht durchzuführen, sie haben nur das Verantwortungsgefühl abgestumpft. Infolge mangelnden Saatgutes sind große Landstrecken unbebaut. Die Statistik über die Kartoffelernte wurde zu einer Zeit verlangt, als die Ernte noch garnicht abzuschätzen war. Durch solche Maßnahmen werden die Landwirte verbittert. Es ist dringend zu wünschen, daß die Beamtenkörper sich besser über die Lage der Landwirtschaft unterrichten. Der Durchführung unserer Kriegswirtschaft drohen ernste Schwierigkeiten, wenn man dem bisherigen Wege der Verordnungen und des Schematismus weitergegangen wird. Die Zwangswirtschaft sollte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt, es sollte ein Weg des allmählichen Abbaues gesucht werden. Das würde zur Beruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung beitragen, sie würde dann wieder produktionsfreudiger werden. Eine weitere Folge würde auch sein, daß die Gegensätze zwischen Stadt und Land abgemildert werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4¾ Uhr.

Reichstags-Ersatzwahl

Magdeburg, 28. November. In der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl des Wahlkreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt wurde an Stelle des bisherigen Abgeordneten Schiffer, der Gymnasialdirektor Trittel-Neuhaldensleben gewählt.

v. Stein

Der zum Staatssekretär ernannte Frhr. Hans Karl v. Stein zu Nord- und Ostheim wurde geboren am 28. Februar 1867 als Sohn des Frhrn. Bernhard und seiner Gemahlin Luise Freiin Löw von und zu Steinfurth. — Die Familie gehört dem fränkischen Uradel an und wurde vom Kaiser Leopold am 3. Juli 1669 in den Freiherrnstand erhoben. Sie ist begütert in Sachsen-Meiningen, im Großherzogtum Sachsen, in Bayern und in Preußen. Das Rittergut Ostheim, von welchem sie den Namen trägt, liegt im Weimarischen. Sie ist eines Stammes mit den Stein v. Barchfeld in Hessen und mit den Stein v. Liebenstein auch in Hessen, welche zwei schwarze Schräglinksbalken in Silber im Wappen führen. Wappen in Silber ein schwarzer Schräglinksbalken. Ein berühmter Mann aus dem Geschlecht war Karl Frhr. v. Stein, des Markgrafen Christian Ernst von Brandenburg-Kulmbach Geh. Rat, Kanzler und Erbtruchseß des Burggrafentums Nürnberg, gestorben am 13. September 1675. Gr. S.

Czernins Friedensbereitschaft

Wien, 28. Nov. Die „Südslawische Korrespondenz" meldet: In einer Besprechung mit Abgeordneten des Herrenhauses äußerte sich Graf Czernin über die durch die Friedensbewegung der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffenen Lage. Er betonte die Bereitwilligkeit und Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen zu einem ehrlichen und annehmbaren Frieden einzutreten.

Ministerium für Volksgesundheit in Oesterreich

Wien, 28. Nov. Der Kaiser hat die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit genehmigt und den Ministerpräsidenten ermächtigt, einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf im Reichsrate einzubringen.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 27. Nov. Amtlicher Bericht vom 27. November:

Mazedonische Front: Westlich Bitolia und Westlich des Wardar, ebenso im unteren Struma-Tal lebhaftes Artilleriefeuer.

Dobrudschafront: Bei Mahmudia und Isacea ziemliches Artilleriefeuer.

Sofia, 28. Nov. Generalstabsbericht. Mazedonische Front: Westlich von Bitolia, auf den Höhenstellungen im Cernabogen und in der Moglenaegend südlich von dem Dorfe Gradeschnitza hielt die lebhafte Artillerietätigkeit an. Im Strumatal Tätigkeit in der Luft.

Dobrudschafront: Bei Tulcea und Isacea Gewehrfeuer.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 27. November. Amtlicher Tagesbericht. Sinaifront: An der Küste arbeitet der Feind nach seiner gestrigen Niederlage am Ausbau von Stellungen auf dem südlichen Audscja-Ufer. Zu irgend welcher Gefechtstätigkeit von Bedeutung kam es gestern auf der ganzen Front nicht.

Auf den anderen Fronten Ruhe.

Englischer Heeresbericht

vom 27. November morgens: Während der Nacht unternahm der Feind wieder einen Gegenangriff gegen unsere Stellung in der Nordosecke des Bourlon-Waldes. Der Angriff wurde zurückgeschlagen.

Vom 27. November abends: Heute früh bei Tagesanbruch führten örtliche Angriffe unserer Truppen in der Nähe von Dörfer Fontaine, Notre Dame und Bourlon zu einem schweren Kampf. Der Feind suchte unser Vorrücken mit großer Erbitterung aufzuhalten. Wir schoben unsere Linien vor und machten über 500 Gefangene. Am Nachmittag versuchte der Feind einen Angriff auf die von uns gehaltene Stellung in der Hindenburg-Linie westlich Moeuvres, wurde aber durch unser Feuer zurückgetrieben.

Italienischer Heeresbericht

vom 27 November: Gestern nachmittag unternahm der Feind, nachdem er eine furchtbare Beschießung auf die Stellung auf dem Bol Veretta östlich des Brenta-Tales gerichtet hatte, mit einer ganzen Division einen Infanterieangriff. Der Kampf spielte sich mit Erbitterung ab und die Verteidigung, die durch ein sehr starkes Sperrfeuer abgeriegelt war, wäre vielleicht der Ueberlegenheit in diesem wütenden Angriff unterlegen, wenn nicht Verstärkungen zu Hilfe geeilt wären und den Gegner zwingen hätten, sich mit sehr schweren Verlusten unter Zurücklassung von Gefangenen zurückziehen. In Albanien erzwang der Feind in der Nacht vom 25. bis 26. November den Uebergang über Osfri östlich Berat und zerstreute unsere albanesischen Banden. Reguläre Truppen schlugen den Feind zurück, wobei sie ihm Verluste zufügten.

Der Diebstahl in Schloß Wilhelmshöhe

Kassel, 28. Nov. Die Kriminalpolizei hat heute einen 17jährigen Obertertianer dingfest gemacht, der in einer der letzten Nächte den gemeldeten großen Diebstahl wertvoller Kunstgegenstände aus Schloß Wilhelmshöhe verübt hat. Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände ist wieder herbeigeschafft worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711291-15/fragment/page=0002

Wo bleibt Japan?

Von Professor Krückmann-Münster i. W.

Als die bekannte Zeichnung millionenweise in Japan und die Engländer verbreitet wurde, war für die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands der Anlaß, aufzuwachen. Sie konnten zweierlei sehen, die geflissentliche Gleichgültigkeit, mit der England jede kleinste Kleinigkeit gegen uns auszunutzen suchte, und konnten daraus ihren sicheren Schluß ziehen. Sie konnten aber auch vor allem sehen, daß sich großen Wert England auf Japan legte.

Die Herren haben darüber nicht nachgedacht, sondern sind in das Verderben des Krieges gestürzt, obgleich doch jedes Kind sich sagen konnte, daß Japans politische Freundschaft das sicherste Mittel war, Rußland festzulegen, mit Rußland aber auch die ganze uns feindliche Welt. Wir müssen es immer wieder unterstreichen, daß auch heute noch, in dieser Stunde ein rechtzeitiges Abkommen mit Japan, je früher, desto besser, für uns von größter Wichtigkeit.. Einmal um Englands und Amerikas willen. Wir halten Amerika von größeren Schritten zurück, hindern es daran, sich von England so vor den englischen Wagen spannen zu lassen, wie England es gerne möchte und wie es wollen muß, wenn es sein Kriegsglück gegen uns weiter versuchen will. Wir rücken dadurch aber auch England die japanische Gefahr, die wesentlich eine englisch-amerikanische Gefahr ist, vor Augen. Ferner um Rußlands willen. Ob die Bolschewisten gegenüber der Drohung mit einem japanischen Einfall es wagen werden, sich uns zu einem Sonderabkommen zu gelangen, steht noch heute dahin. Rußland ist jedenfalls schon einmal in Gefahr gesagt worden und wieder umgekehrt, weil es nicht genügend Vertrauen zu uns hatte. Als ihm mit der Wahl gestellt wurde: entweder Deutschland oder Japan, wählte es nicht das an die Tore von Petersburg pochende Deutschland, sondern das durch einen Erdteil getrennte Japan! Auch die finanzielle Frage würde natürlich bestehen; aber Rußland hat eine Goldquelle ersten Ranges, es nur zu eröffnen braucht: Indien. Indien gäbe all das vieles Gold gern um die Befreiung. Dies Land steckt deshalb so voll Gold, weil die Frauen vom Erbrecht ausgeschlossen sind und die Männer, um ihnen etwas zuzuwenden, was sie dauernd behalten können, ihnen Gold- und Juwelenschmuck ein über das andere schenken. Die metallischen Reichtümer des Volkes sind umgebener und würden sofort, wenn es von englischer Herrschaft befreit, zum guten Zweck gern gegeben werden.

Die finanzielle Frage wäre auch wegen der eigenen wirtschaftlichen Rußlands gar nicht so sehr wichtig, eine viel wichtigere Rolle spielt die Furcht vor Japan und das mangelnde Vertrauen zu Deutschland. Das würde aber sofort ändern, sobald wir, sei es auch unter schweren Opfern, zu einem Abkommen mit Japan gelangten. Die von uns begangenen riesigen Fehler hier aufzuzählen, ist müßig. Es ist auch unerheblich, ob die Japaner in kalter Berechnung bisher sich anfangs grundsätzlich ablehnend verhalten haben. Für eine Politiker gibt es keine „Grundsätze", die gibt es nur für die doktrinären Deutschen. Wir sollten uns klar machen, daß, was wir Japan auch bieten, wir durch rechtzeitige Abmachung Japans das verlorene im Friedensschluß tausendfach wieder einbringen werden. Es gibt eigentlich keinen Preis, den Deutschland nicht zahlen könnte, vorausgesetzt, wenn wir uns die politische Lage verschieben, wenn wir uns mit Japan einigen.

Sollte Herr v. Kühlmann der Ansicht sein, nach den bisherigen Erfahrungen sei anzunehmen, daß die Geneigtheit Japans zu einem Abkommen mit uns zu gelangen, überschätzt würde, so wäre ihm entgegenzuhalten, woher er und andere er die nötigen Erfahrungen hätte. Aus dem Umstandstelegramm nach Mexiko sind sie doch nicht zu ziehen. Im Gegenteil, die Asiaten mußten aus ihm umgekehrt die dringlichste Warnung entnehmen, sich mit einem Staate einzulassen, dessen Geschäfte in einer so unzulänglichen Weise geführt werden. Aber auch Erfahrungen aus der Zeit des Herrn v. Bethmann reichen nicht aus, wie überhaupt die Amtsführung dieses Mannes mit ihren „Erfahrungen" keinen Anspruch auf ernstliche Beachtung erheben kann. Man darf im Zweifel ruhig annehmen, daß aus guten Gründen etwaige Annäherungsversuche an Japan ebenso von vornherein zum Mißlingen verurteilt gewesen sind oder gewesen sein werden, wie alle übrigen politischen Schritte dieses Beamten, dem ja eigentlich nichts, aber auch nichts geglückt zu sein scheint.

Seit der Entlassung Bethmanns wird man schwerlich mit Japan irgendwie verhandelt haben. Jetzt aber nach der Niederlage Italiens und dem erklärten Zusammenbruch Rußlands wäre der günstige Augenblick da, denn es kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß wir die Sieger sind und sein werden, daß wir also etwas zu bieten haben. Bleibt uns doch unter allen Umständen eines: uns mit Japan allein, unter Ausschluß aller anderen Mächte über das Schicksal Rußlands zu einigen. Das muß Japan und es muß auch Rußland klar gemacht werden. Rußlands Schicksal hängt jetzt schlechthin von uns und Japan ab und wir wären Toren, wenn wir nicht auf dieser Grundlage unsere Politik gegenüber beiden Mächten einrichteten. Selbstverständlich wird uns die Freundschaft Japans nicht billig werden, wir haben es aber durch unsere unerhört törichte Politik nicht anders verdient. Als Bethmann im August 1914 in geradezu sinnloser Ungeschicklichkeit die japanische Note auf den Tisch warf, den zum Himmel lohenden Zorn Deutschlands entzündete, verbaute er uns den einzigen Ausweg, der uns in der furchtbaren Not Luft schaffen konnte. Die Japaner sollen selber verblüfft gewesen sein über dieses von ihnen gar nicht erwartete Verhalten, sie hatten uns mehr gesunden Menschenverstand zugetraut. Die Behandlung der japanischen Note erinnert an den Ertrinkenden, der in seiner Angst blind um sich schlägt und sich so vorzeitig und unnötig der eigenen Kräfte beraubt.

Wie zu verfahren gewesen wäre, kann man ersehen, wenn man sich fragt, was Bismarck getan haben würde, wenn er am 1. August die Bethmannsche Konkursmasse hätte übernehmen müssen. Sein erstes wäre gewesen, von Berlin aus einen Schritt nach Tokio zu tun, nicht erst abzuwarten, daß uns Tokio über den Hals kam. Die Folgen für den Krieg sind gar nicht auszudenken, nahezu alles wäre anders gekommen.

Französischer Heeresbericht

vom 27. November nachmittags: In der Champagne drang gestern bei Tagesende eine unserer Abteilungen in die deutschen Schützengräben nordöstlich Pruney ein. Nachdem sie die Stellung ausgekundschaftet, Unterstände zerstört und Kriegsgerät erbeutet hatte, kehrte sie ohne Verluste in ihre Linie zurück. Auf dem rechten Maasufer führten wir gestern abend eine erfolgreiche Eingelunternehmung nördlich der Höhe 344 aus, wobei wir ein noch widerstehendes Deutschennest aushoben und unsere am Nachmittag des 25. November gemachten Gewinne vervollständigten.

Provinz Sachsen und Umgebung

Verleumdungen über das Kriegsgefangenenlager Zerbst

In einem Funkspruch Lyon vom 3. Oktober 1917 wurde auf die angeblichen Leiden der französischen Kriegsgefangenen im Kriegsgefangenenlager Zerbst in längeren mit zahlreichen Einzelheiten versehenen Ausführungen hingewiesen. Diese Ausführungen sind, wie die erfolgten Feststellungen ergeben haben, in jeder Beziehung unzutreffend.

Durch französische Kriegsgefangene, die von der Internierung in der Schweiz auf Grund einer Entscheidung der neutralen Aerzte-Kommission ausgeschlossen waren, und die dann im Lager Zerbst vereinigt wurden, wurde versucht, unter den bisherigen Insassen dieses Gefangenenlagers Mißstimmung zu erregen. Da die verständigen Elemente unter den französischen Kriegsgefangenen dieses Unterfangen ihrer Landsleute nicht billigten, so versuchten die Zurückgestellten durch Terrorisierung ihre Landsleute auf ihre Seite zu ziehen. Ein neutraler Vertreter des Christlichen Vereins junger Männer äußerte sich den Lagerbehörden über dieses Vorgehen dahin, daß ihm noch nie in so gehässiger und unrichtiger Weise Beschwerden von Kriegsgefangenen vorgebracht worden wären. Die Umtriebe und Widerseßlichkeiten wurden selbstverständlich von den Lagerbehörden mit Energie unterdrückt, so daß sehr bald die ruhigen Elemente, die nie Klagen vorgebracht hatten, wieder die Oberhand gewannen.

Erwähnt sei noch, daß auch die Angabe, es wären die Pakete erst nach 45 Tagen ausgeliefert worden, so daß der aus Eßwaren bestehende Inhalt in der Hauptsache verdorben sei, in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Die weitere Behauptung des Funkspruches, daß die Deutschen ihren Haß auch an Toten ausließen, und sie ohne jede Ehrenerweisung wie die Tiere in die Erde schafften, ist zu plump erlogen, als daß sie einer Widerlegung zu würdigen wäre. Für deutsches Empfinden ist es selbstverständlich, daß die gefallenen Gefangenen würdig und mit allen üblichen militärischen Ehren beigesetzt werden. Aufsichtspersonal und Gefangene geben den Verstorbenen das letzte Geleit, ihre Gräber werden mit Kränzen geschmückt und später sorgfältig in Ordnung gehalten. Auch Vertreter der betreffenden Kirche werden hinzugezogen. Hierzu schreibt ein französischer Geistlicher:

„Ich Unterzeichneter bescheinige hiermit, daß die französischen Soldaten, die auf dem Friedhof des Lagers Zerbst beigesetzt worden sind, in der Zeit vom 24. September 1916 bis 18. Oktober 1917 unter meiner geistlichen Mitwirkung bestattet worden sind mit Ausnahme eines einzigen, der vor seinem Tode ausdrücklich meine Mitwirkung verweigert hatte.

gez. Lucien Dubant,
französischer Geistlicher des Lagers Zerbst."

Kirche, Universität, Schule

t. Merseburg, 28. Nov. (Der Verein zur Förderung der Jugendpflege) eröffnete am Sonntag eine Ausstellung des Kriegsschriftentums hpts. von Jugend- und Volksschriften und Bildwerken für Schule, Haus und Jugendheim.

— Weferlingen, 28. Nov. (In der Präparandenanstalt) fand die feierliche Einführung des bisherigen Leiters Schröck als Vorsteher der Anstalt unter Verleihung des Ranges als Seminar-Oberlehrer statt.

Verschiedene Nachrichten

t. Merseburg, 28. Nov. (Wegen Kohlenersparnis) wird nur der Dom geheizt und auch nur dort Gottesdienst gehalten. Die anderen drei evangelischen Kirchen bleiben Sonntags geschlossen. An Festtagen dagegen ist die Heizung für sämtliche Kirchen freigegeben.

— Schönebeck, 28. Nov. (In der Stadtverordneten-Sitzung) wurde das Schreiben Hindenburgs verlesen, in dem er das ihm von der Stadt Schönebeck verliehene Ehrenbürgerrecht dankend annimmt und seinen neuen Mitbürgern freundliche Grüße entbietet. Als Schiedsmann wird Oberpostassistent Lehmann, als Armenbezirksvorsteherin Frau Riech wiedergewählt, neugewählt als Armenbezirksvorsteher Rentier Marmodee. Auf Antrag erfolgt Pachtermäßigung eines städtischen Grundstücks von 800 auf 600 M. Den Kriegerfamilien soll auch in diesem Jahre ein Weihnachtsgeschenk in barem Gelde gezahlt werden, und zwar den Frauen je 5 M. den Kindern je 2 M.

— Bernburg, 28. Nov. (Die frühere Zuckerfabrik in Osmarsleben) ist in den Besitz von Fr. Hillmann, Calbe a. S., übergegangen. Dieser beabsichtigt eine Konservenfabrik darin einzurichten.

(Nachdruck verboten.)

Familie P. C. Behm

Roman von Ottomar Enking.

Anna und Körting glitten neben „Franziska Maas" her. Sie hatten sich nicht mehr angefaßt, und Anna war froh, sie lief bis ganz dicht an die Fahrrinne heran, daß ihr das übergespülte Wasser um die Schlittschuhe plätscherte. Darauf drehte sie sich um und sah Körting lachend an, und er nickte und kam zu ihr. Endlich waren sie des Schaufpiels müde — Dämmerung kam, und der Südwestwind erhob sich, der von der Stadt herwehte. — „Jetzt müssen wir nach Hause — wenigstens ich", sagte Anna. — „Ja, und ich muß meine beiden Patienten besuchen. Hoffentlich sind sie nicht plötzlich gesund geworden." — Sie liefen in den Hafen hinein. Der Wind strammte Annas Kleid über den Knien. Es hinderte sie am Ausholen, und sie atmete kurz. Da fuhr sich Körting hinter sie, faßte sie mit beiden Händen um den Rücken und stieß tüchtig vorwärts. Anna stand gerade, hielt die Füße dicht nebeneinander und zuckte ein bißchen zusammen, wenn sie an eine knuppige Stelle kam. Sie plauderten allerhand vom Eineisen. Nach ... wurde Körting doch müde, Anna fühlte, wie seine Hände sich schwerer auf sie lehnten. Da sagte sie, indem sie zur Seite lief: „Danke, Herr Doktor, jetzt kann ich weiter." — Sie kreuzten die Arme und schlugen ihre Jacken. Die Dunkelheit senkte sich schnell nieder, und als sie auf der ganz weißen und ziemlich verlassenen Bahn anglitten, blinkten vom Lande her schon die Straßenlaternen, und an den Häusern schimmerten die Fenster. Draußen vor dem Eise lag es diesig, die Ufer waren schwarze Linien, und der Himmel trieb voll graugrüner Wolken. Die Schneeflocken schwebten umher und setzten sich in Anna's Barett und in ihrem kleinen Pelzkragen fest. Und einmal ein Flöckchen ihr auf die Nase fiel, pustete sie es ihr weg. Das sah Körting gern. Er schnallte ihr die Schlittschuhe ab, sprang aus den seinen, und sie gingen, als ob sich das von selbst verstände, miteinander heimwärts durch die stillen Gassen. Die Knie sangen ihnen, die angenehme Ermattung ihrer Glieder ließ sie wohlig dahingehen. In den Ohren tönte ihnen noch immer das Knirren der Eisen, das Krachen des Eises, der Gesang der Schlittschuhe, das Tuh tuh des Dampfers. Ihre Augen ruhten in dem gedämpften Lichte von dem Glitzern und von dem Funkeln aus. Sie fühlten traulich zueinander und gingen fest Schulter an Schulter. Er trug ihre Schlittschuhe, die sie klangen manchmal gegen seine eigenen. Bei der Bewegung war alles in ihnen angespannt gewesen, jetzt sank die Spannung ab, und sie überließen sich der Schlaffheit.

Zuerst sprachen sie kaum. Dann sagte er auf einmal: „Sind Sie immer bloß hier in Koggenstedt gewesen, Fräulein Behm?" — „Na", war die Antwort. „Leider. Ich möchte gern mal hinaus. Etwas anderes sehen. Aber ich muß wohl hierbleiben. Wer soll das zu Haus alles tun? Mutter sitzt im Laden, und Mädchen halten können wir uns nicht. Ich bin eben das Mädchen." — „Sie würden aber sicher viel Genuß haben, wenn Sie in andere Luft kämen." — „Gewiß", sagte Anna, „und arbeiten wollt' ich auch mit Wonne dafür. Es fragt sich nur, was? Das Lehrerinnenexamen hab' ich nicht gemacht. Nur schneidern hab' ich gelernt. Und als Stütze . . ." — „Ach, das Elend!" — „Ja, das sag' ich auch. Darum bleib' lieber hier. Aber ich träume oft davon, wie schön es sein muß, wenn man andere Gesichter und andere Häuser sieht. Man lernt viel und merkt sich etwas und wird überhaupt weiter in seinen Ansichten. Mehr als davon zu träumen gibt es für mich nur nicht. Höchstens könnt' ich auf ein paar Wochen nach Kopenhagen. Da stammt Mutter her, und die hat dort noch irgendeinen Verwandten. Aber der wohnt im Keller und hat fleben Gören. Für das Logis dank' ich."

Sie sprach offen. Ihr war das natürlich, und sie dachte sich nichts dabei, er jedoch fühlte etwas wie Bewunderung für das junge Mädchen, das gar kein Hehl aus seinen Verhältnissen machte. Die paßt nicht hin, wo sie ist, dachte er. Das wollte er nicht aussprechen, aber etwas Aehnliches mußte er ihr andeuten, und darum sagte er laut und entschieden: „Nein, wahrhaftig, in einen Keller gehören Sie nicht hinein. Da würden Sie ersticken." — Das Wort wirkte heftig auf Anna. Es war, als ob sie den Sinn begriff. Ihr enges Haus stand plötzlich vor ihr. War das nicht ein Keller? Mußte sie nicht fürchten zu ersticken? Sie holte dreimal tiefer Atem. — „Ich fühle wohl", spann Körting seinen Faden weiter, „man versauert und verimpelt leicht in diesem Koggenstedt. Sie sprechen hier bloß über Zigarren und Pflastersteine. Die Welt fließt da draußen, und man sitzt auf der Abseite. Ich bin ja eben so gebunden wie Sie. Ich warte, bis mein Onkel Sanitätsrat die Praxis aufgibt, dann komm' ich in eine feine Landkundschaft hinein und hab' eine Existenz. Also aushalten, Fräulein Behm!" — Ihrer beider Schicksal schien ihm einen Augenblick gleich, und es bereitete ihm Freude, daß er dasselbe zu leiden hatte, wie sie. Das zog ihn noch mehr zu ihr hin, das war etwas Gemeinsames zwischen ihnen. Es mußte sie gewiß trösten, wenn sie sah, daß auch er nicht fortkonnte. Sein Schritt ward munterer, kräftiger, er raffte Anna mit auf, daß sie die leichte Trübung, die ihr auf der Stirn dicht über den Augenbrauen saß, wegschüttelte. Ein Hauch des Gemeinsamkeitsgefühls, das ihn beseelte, schwebte auf sie hin, ihr däuchte, als hätte sie ihn längst gekannt, als wäre er ihr Freund, mit dem sie alles bereden konnte. — „Haben Sie keinen Umgang hier, Herr Doktor?" fragte sie. — „Das bißchen. Und alles nur Formsache. Die Männer verkehren am liebsten in der Kneipe (wie Bernhard, dachte Anna) und die Damen" er zuckte die Achseln — „die sind alle gleich so . . . so standesamtlich aufgeleimt. Mit zwei Patienten kann ich doch nicht heiraten, und Onkel ist noch bei vortrefflicher Muskulatur. Na, ich würde auch keine von denen nehmen. Meine Frau . . . das muß ein ideales Weib sein!"

Das sagte er in einem Tone der Begeisterung, und es klang zugleich das Selbstvertrauen daraus hervor, daß er mit Recht ein ideales Weib für sich zu verlangen habe. Die Zuversicht drückte erst auf Anna, denn sie kam sich unwert vor im Vergleich zu der, die einst würdig sein sollte, ihren Begleiter zu heiraten. Aber es hob sie, daß er so von den anderen Mädchen sprach, die er kannte. Sie erschien ihm also wohl nicht standesamtlich aufgeleigt. Das war sie ja auch nicht. Und etwas Verachtung hegte sie wider ihre Altersgenossinnen, die sich mit einem jungen Manne nicht ohne Nebenabsichten unterhielten. Sie dünkte sich kameradschaftlich mit Körting und blickte froh und stolz geradeaus. — Körting fing von etwas anderem an: „Kommen Sie Sonntag morgen wieder zu Eis, Fräulein Behm?" — „Nein, Sonntags morgens kann ich nicht. Da muß ich zur Kirche." — „Gehen Sie jeden Sonntag zur Kirche?" — „Ja, das versteht sich doch von selbst. Gehen Sie nicht?" — Er schwieg erst. Dann meinte er: „Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn jemand dort wirklich etwas findet." — „Sie finden nichts da?" — „Hm. Und Sie sagten eben: ich muß zur Kirche. Gehen Sie denn nicht freiwillig?" — „Na, freiwillig, natürlich. Das bin ich gewohnt seit meiner Konfimation." — „Aha, gewohnt." — „Oh, darüber muß man sich lustig machen, Herr Doktor." — „Das tu' ich auch nicht. Ich meine nur: Sie sind es gewohnt, zur Kirche zu gehen. Es ist nicht jedesmal ein Herzensbedürfnis, was Sie hintreibt." — „Das vielleicht nicht. Aber es ist meine Pflicht. Ich habe doch bei meiner Konfirmation versprochen, daß ich recht fromm sein will."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711291-15/fragment/page=0003

Eine Besprechung über die Verhältnisse der Straßenbahnen in Halle,

einberufen von der Kriegsamtsstelle Magdeburg, vereinigte am Donnerstag mittag die Elektrizitätswirtschaftsstellen, die genannte Kriegsamtsstelle, die Stadtverwaltung, die Straßenbahndirektionen, Vertreter der Regierung in Merseburg und der Eisenbahndirektion Halle im Beratungszimmer des Stadthauses. Es handelte sich darum, Mittel und Wege für eine Einschränkung des Straßenbahnverkehrs, des Licht- und Materialverbrauches zu finden, einmal um Kohlen zu sparen und zum anderen, um aus stillgelegten Strecken Kupfer, Kupferdraht und Straßenbahnwagen für die Heeresverwaltung freizubekommen. Die Besprechung leitete der Vorstand der Magdeburger Kriegsamtsstelle, Rittmeister d. R. Klamroth. Der Dezernent der Kriegsamtsstelle Hauptmann Albert-Magdeburg nahm in seinem Vortrage Bezug auf eine Maßnahme der Elektrizitätswirtschaftsstelle in Berlin, die fordert, daß Einschränkungen auf den Straßenbahnen erfolgen müssen, um Elektrizität und damit Kohlen zu sparen und ebenfalls Material und Arbeitskräfte. Zu einer Einstellung des Straßenbahnbetriebes darf es nicht kommen etwa dadurch, daß durch die übermäßige Abnutzung des Materials jetzt nach einiger Zeit dieses Betriebsmaterial so verbraucht ist, daß es zu einer Stillegung des Betriebes kommen müßte, weil das abgenutzte Material unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht erneuert oder ausgebessert werden kann.

Es handelt sich auch darum, Triebwagen für die Heeresverwaltung, Kupfer und Kupferdrähte aus Leitungen zu gewinnen. Wie nun könnten Einschränkungen vorgenommen werden? Das ginge durch Stillegung von Betrieben und durch Einschränkung des Betriebes. Am 12. Dezember wird in Magdeburg eine endgültige Regelung der Angelegenheit im Bezirk der Kriegsamtsstelle Magdeburg durch die Berliner Hauptstelle erfolgen. Bürgermeister Seydel wies auf die sehr ungünstige, vom Norden nach dem Süden gestreckte Lage der Stadt Halle hin. Da hat sich denn nun der Verkehr zu einer Höhe entwickelt, daß die Verwaltung bei der übergeordneten Behörde um eine auf Einschränkung des Verkehrs abzielende Einwirkung vorstellig geworden ist. Dazu kommt, daß die Hausfrauen die Bahn für den Marktverkehr benutzen müssen, ferner liegt die Industrie Halles in den verschiedensten Gegenden, so daß der Verkehr ein vielgestaltiger wird, außerdem besteht ein ziemlicher Verkehr zwischen hier und auswärts. Nur etwa zwischen 1/10 bis 3/4 11 Uhr vormittags und in der neunten Abendstunde ist der Verkehr etwas schwächer. Ausläuferbahnen haben nur die Fernbahn Halle-Merseburg und die städtische Straßenbahn nach Reideburg. Hier wäre zu erwägen, daß der Verkehr zwischen Büschdorf und Schönnewitz eingeschränkt werden kann, aber ihn ganz einzustellen, das geht wegen der Arbeiter, die aus diesen Orten nach ihren Arbeitsstätten in Halle fahren, nicht an. Nur das Stück zwischen Schönnewitz und Reideburg kann unbefahren bleiben. Sonst kommen für die Stillegung von Schwanzenden in Frage noch die nordwestliche Strecke von Oppiner Straße nach Trotbaer Bahnhof. Auf der Linie 6 könnte von der Ludwigstraße bis zum Ende in Böllberg der Verkehr eingestellt werden. Auf der Linie A kann das Stück zwischen dem Zoologischen Garten und Ende und Linie B das Stück über die Cröllwitzer Brücke erspart werden. Dadurch würden 3500 Meter Kupferdraht im Gewicht von 1400 Kilogramm und 5 Wagen erspart werden können. Allerdings würden hierdurch kaum die Wagen auch freigestellt werden können, denn das Wagenmaterial sei schon so mitgenommen, daß die Wagen kaum entbehrt werden könnten. Licht werde bei der Dunkelheit, in der die übrigen Straßen schon gehüllt seien, auch kaum zu sparen sein. In bezug auf eine etwaige Einschränkung des Verkehrs läßt sich vielleicht erwägen, ob eine solche später vorgenommen werden kann. Die Stromersparnis würde monatlich 30 000 Kilowattstunden betragen. verbleiben würden noch 258 000 Kilowattstunden für den Betrieb. Rittmeister Klamroth bemerkte hierzu, daß es unmöglich sei, dem Verkehrsbedürfnis voll zu entsprechen. Vielleicht ließe sich zwischen 9—11 Uhr vormittags ein Zwölfminutenverkehr einrichten. Bürgermeister Seydel führte noch aus, daß sich auf der 1. Linie der Verkehr vielleicht nur bis zum Trotbaer Kaffeegarten zu erstrecken braucht. Erwogen wurde der Wegfall auf der B-Linie oder wenigstens eine erhebliche Einschränkung auf dieser Linie. Die stärkste Belastung des Stromverbrauchs fällt in die Zeit von 5—8 Uhr abends, doch ist der Stromverbrauch gegenüber dem Vorjahre in dieser Zeit von 6000 auf 4000 Kilowatt monatlich zurückgegangen. Es ist also eine erhebliche Ersparnis über das Geforderte hinaus wenigstens für diese Stunden eingetreten. Dieser Rückgang bezieht sich allerdings nur auf das Gleichstromnetz. Im Drehstromnetz und bei den Straßenbahnen ist der Stromverbrauch nicht zurückgegangen. Von der geforderten 20 prozentigen Einschränkung ist in Halle nur die Hälfte, also 10 Prozent als Rückgang anzusprechen. Von seiten der Regierung zu Merseburg wurde bestätigt, daß die von der Stadt Halle gemachten Ausführungen zutreffen und daß weitere Einschränkungen in der Zeit von 5—8 Uhr abends nicht angehen, ebenso würde die Einstellung des Verkehrs auf der B-Linie, die die A-Linie entlastet, nicht möglich sein. Ueber die Einschränkung des Vormittagsverkehrs werden von der Stadt noch Vorschläge gemacht werden. Zu erwägen sei noch eine Herabminderung des Sonntagsverkehrs, der doch in der Hauptsache nicht geschäftlichen, sondern Ausflugszwecken diene. An der Woche dürfte der Verkehr nach der Stadt des Vormittags auch kaum sonderlich eingeengt werden, weil die Hausfrauen einen großen Teil in der Talamtschule zu besorgen genötigt sind.

Bemerkt wurde von den Vertretern der Kriegsamtsstelle, daß auch die Rüstungsindustrie von der Einschränkung nicht befreit sei, die gegenteilige Auffassung der Industrie sei eine irrige. Es werde auch hier auf Einschränkung bis zu einem gewissen Grade hingewirkt werden. Beim Straßenbahnverkehr müsse unbedingt eine 20 prozentige Herabminderung des Stromverbrauchs herbeigeführt werden, die bisher eben noch nicht erfolgt ist. Jedenfalls müsse die Stillegung der B-Linie ernsthaft ins Auge gefaßt werden; sie laufe neben der A-Linie her und könne darum wohl eher entbehrlich werden, obwohl dem städtischerseits und von Regierungsseite entgegengehalten wurde, daß sie für Post, Theater usw. und auch für die Arbeiterbevölkerung von großer Bedeutung sei. Auch eine Einschränkung des Sonntagsverkehrs müsse eintreten. Die Leute müßten dann ihr Ausflugsziel zu Fuß zu erreichen trachten, wobei es freilich über die Stiefelsohlen geht, für die Ersatz gar nicht leicht zu beschaffen ist.

Bei der Straßenfernbahn Halle-Merseburg geht der Hauptverkehr nach Halle-Ammendorf, der durchgehende Verkehr von Halle nach Merseburg, der vor dem Kriege gering war, ist seitdem aber auch außerordentlich gestiegen, so daß die Mehrbelastung des Stromverbrauchs 165 Prozent beträgt. Einschränkungen sind von der Verwaltung vorgenommen worden. Sie hatte zunächst den Stundenverkehr eingeführt. Bald aber zeigte sich eine solche Ueberfüllung der Bahn, daß der Halbstundenverkehr wieder aufgenommen werden mußte. Die Ersparnis beträgt infolge der Ersetzung des Viertelstundenverkehrs durch den Halbstundenverkehr 32 Prozent, also über das Geforderte hinaus. Betont wurde regierungsseitig, daß hier kein Luxusverkehr herrsche, daß eine weitere Einschränkung des Verkehrs unmöglich wäre. Wenn man einen Stundenverkehr einführen wollte, so müßte regierungsseitig jede Verantwortung für die dann entstehenden Zustände abgelehnt werden. Die Herrn vom Kriegsamt mußten sich denn auch, wie sie die Sache auch betrachten mochten, davon überzeugen, daß es sehr schwer sein würde, hier Verkehrsbeschränkungen durchzuführen, ohne arge Benachteiligung des gesamten Wirtschaftslebens, zumal die Eisenbahnverbindung zwischen Merseburg und Halle eine durchaus unzulängliche ist. Die Fernbahn Halle-Merseburg ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Es könnten aber sehr viel Kohlen gespart werden, wenn die Hauptkriegsamtsstelle in Berlin für den Anschluß der Fernbahn an ein großes Elektrizitätswerk die Genehmigung zur Anbringung der erforderlichen Umformer geben wollte. Auch Oel und andere Betriebsstoffe, sowie Arbeitskräfte würden ebenfalls gespart.

Bei den Verhandlungen gewann man den Eindruck, daß von den beteiligten Stellen alles versucht werden wird, um den widerstreitenden Gegensätzen ihr Recht werden zu lassen. Es muß versucht werden, daß Kohlen gespart werden, daß Betriebsmaterial für andere dringende Zwecke freigemacht und daß Arbeitskraft gewonnen wird. Der anderen Seite sollen alle möglichen Erleichterungen zugestanden werden, damit unsere Innenwirtschaft nicht unheilbaren Schaden leidet. Wir wollen hoffen, daß aus der Gesamtsitzung am 12. Dezember in Magdeburg die Straßenbahnen im 4. Armeekorpsbezirk gekräftigt genug hervorgehen, damit die dringendsten Verkehrsbedürfnisse befriedigt zu werden vermögen.

—r.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 29. November.

Gesamtsitzung der Handelskammer

F. Halle, 28. November.

An die Festsitzung zu Ehren des Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Steckner, über die wir bereits berichtet haben, schloß sich nach längerer Frühstückspause eine Arbeitssitzung, in welcher der Gesetzentwurf über die Abänderung des Handelskammergesetzes zur Besprechung kam. Syndikus Dr. Pfahl machte zu den einzelnen Abänderungen längere Ausführungen und stellte sich zum Schluß auf den Standpunkt des Preußischen Handelskammertages, der den Gesetzentwurf begrüßt und ihm im großen und ganzen zustimmt.

Da die „Hallesche Zeitung" über die Verhandlungen des Preußischen Handelskammertags ausführlich berichtet hat, erübrigt es sich, die einzelnen Abänderungen anzuführen. Die Kammer erklärte sich damit einverstanden, daß die Neufassung an den Handelsminister in diesem Sinne gehalten sei unter Hinzufügung der Einwendungen, die zu einzelnen Punkten erfolgen sollen.

Vor der Beschlußfassung war es zu einer Erörterung über die Kleinhandels-Ausschüsse gekommen. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Bildung einer Abteilung „Kleinhandel" vom Minister angeordnet werden kann. Kaufmann August Rauendorf-Halle trat sehr lebhaft dafür ein, daß die Bildung von Kleinhandels-Ausschüssen nicht in das Belieben der Kammern gestellt, sondern obligatorisch gemacht werde. Auch Kaufmann Max Reutsch-Liebenwerda und Stadtrat Paul Richter-Naumburg traten für den Kleinhandel ein. Stadtrat Richter erinnerte daran, daß Handelskammern sich geweigert hätten, Kleinhandels-Ausschüsse zu bilden.

Der Vorsitzende, Präsident Dr. Steckner, teilte noch mit, daß die Handelskammer den früheren Oberpräsidenten für die Provinz Sachsen, Exzellenz von Hegel, bei seinem Ausscheiden ein Abschieds- und Dankesschreiben der Handelskammer gesandt habe. Ferner erwähnte der Präsident den vor einigen Tagen erfolgten Tod des Vorsitzenden der Handwerkskammer, Tischlermeister A. Schondorf, zu dem die Handelskammer angenehme dienstliche Beziehungen unterhalten habe. Wegen der stattfindenden Sitzung konnte die Handelskammer an der Beerdigungsfeierlichkeit nicht teilnehmen, sie habe jedoch der Handwerkskammer gegenüber ihr Beileid ausgesprochen und eine Kranzspende zur Niederlegung an Grabe des Verewigten übersandt.

Das Hausarbeitsgesetz

Durch Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober d. Js., R.-G.-Bl. S. 893, sind die §§ 3, 4 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 vom 1. Januar 1918 ab in Kraft gesetzt worden. Durch diese Paragraphen wird vorgeschrieben, daß in denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben, oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohntafeln die Möglichkeit gegeben sein muß, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten, und daß derjenige, welcher Arbeit für Hausarbeit ausgibt, verpflichtet ist, hierbei denjenigen, welche die Arbeit entgegennehmen, auf seine Kosten Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhändigen, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Diese Bestimmungen gelten indessen nicht für Werkstätten, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird, (Werkstätten selbständiger Meister, die allein oder nur mit Familienmitgliedern arbeiten) und sie gelten nicht für das Ausarbeiten neuer Muster.

Ferner hat der Bundesrat durch Bekanntmachung vom 27. September 1917 (R.-G.-Bl. S. 867) gewisse Ausnahmen von den vorgenannten Bestimmungen widerruflich bewilligt, die zum Teil nur für bestimmt bezeichnete Bezirke, zum Teil für das ganze Reichsgebiet Geltung haben. Hiernach kann die Auslegung von Lohnverzeichnissen im Reichsgebiet unterbleiben, in der Juwelenbijouterie und Kettenfabrikation, beim Nähen von Puppenkörpern aus Leder und Stoff und Nähen von Puppenkleidern sowie beim Korsettkonfektionen von Hosenträgern, Gürteln und Strumpfhaltern. Die Aushändigung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln kann unterbleiben im Reichsgebiet bei Tapisseriewarenherstellung, bei kunstgewerblichen Handarbeiten wie Stickereien, Häkeleien, Brandmalereien, Schnitzereien, Glas- oder Porzellanmalereien usw., bei der Weißstickerei, Weißstickerei und Herstellung von Hohlsäumen.

Allgemein ist endlich widerruflich zugelassen, daß von der Möglichkeit, sich über die gezahlten Löhne zu unterrichten, (§ des Gesetzes) abgesehen werden kann bei der Ausgabe von Arbeiten, die nach besonderer Angabe des Bestellers ausgeführt sind und von den durch Namen, Nummern, Musterstücken, Zeichnungen usw. bezw. für den Verkauf festgelegten Grundmustern wesentlich abweichen, solange sie nicht durch wiederholt ständige Verkaufsgegenstände geworden sind. Keine Arbeit darf unter mehr als einer Nummer oder mehr als einem Kennwort in die Lohnverzeichnisse eingetragen werden.

Schuhe für die Landwirtschaft

Zu den Erschwerungen, von denen Landwirtschaft und Industrie in letzter Zeit besonders empfindlich getroffen worden sind, gesellt sich neuerdings ein in hohem Grade bedenklicher Mangel an geeignetem Schuhwerk.

Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß für Arbeiterstiefel 90 Mk. und erheblich mehr gefordert werden. Landwirtschaftliche Arbeiter sind selbstverständlich nicht in der Lage, derartige Preise für Schuhwaren zu bezahlen. Andererseits ist es unerläßlich, daß sie mit gutem, derbem Schuhwerk versehen sind.

Der landwirtschaftliche Arbeiter muß den größten Teil seiner Arbeit bei jedem Wetter im Freien verrichten.

Ist er nicht im Besitz von wenigstens einem Paar lederne Arbeitsstiefel, so kann man sich an den fünf Fingern abzählen, daß seine Arbeitsleistung wesentlich herabgesetzt wird.

Die bisher zur Befriedigung der allerdringendsten Bedürfnisse der Landwirtschaft an Leder getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um eine auch nur annähernd zureichende Versorgung zu gewährleisten. Man wird sich an maßgebender Stellen der Verantwortung bewußt werden müssen, die eine ungenügende Schuhversorgung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit sich bringt. Ihre Wirkung ist kaum eine andere wie beim Mangel eines Rohstoffes in der Munitionsindustrie. Die Landwirtschaft richtet eine ernste Mahnung zu größerer Berücksichtigung des Lederbedarfs an die maßgebenden Stellen und lehnt die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Erzeugung ab, wenn ihre elementarsten Forderungen zum Schutze ihrer Arbeiter unberücksichtigt bleiben.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 28. Novbr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	203¾	204¼
Dänemark	222	222¾
Schweden	249¾	250¼
Norwegen	222¼	222¾
Schweiz	154¼	154¾
Oesterreich-Ungarn	64.20	64.30
Bulgarien	80¼	81
Konstantinopel	20.25	20.35
für ein türkisches Pfund		
Spanien	136¼	137¼
für 100 Peseta.		

Börsenstimmungsbild

Berlin, 28. Nov. Der am 3. Dezember in Kraft tretende amtliche Handel zu einheitlichen Kursen beginnt in den letzten Tagen des freien Börsenverkehrs bereits seine Schatten vorzuwerfen, und die Spekulanten fangen an, auch in den bevorzugten Werten zu realisieren. Die Tendenz war daher im allgemeinen als uneinheitlich zu bezeichnen. Für Montanwerte war die Führung von Phönix, Oberschlesischen und Kohlenwerten, für Schiffahrts- und Rüstungswerte, letztere unter Führung von Deutschen Waffen und Rheinmetall erhielt sich anfangs Kaufwogen Petroleum- und Kaliwerte sowie Daimler von Anfang an schwächer lagen. Der Abröckelungsprozeß griff mit einigen Ausnahmen später auf den gesamten Markt über und das Geschäft war weitaus stiller als in den Vortagen.

Produktenbericht.

Berlin, 28. Nov. Im hiesigen Produktenverkehr lagen trotz besonderen Anregungen vor und das Geschäft ist infolge der Knappheit in vielen Artikeln und der bestehenden Transportschwierigkeiten sehr gering. Die Nachfrage für Rüben und Rauhfutter bleibt mit dem gleichen Mißerfolg wie bisher bestehen und auch in Sämereien sind die Umsätze äußerst gering. Von Saatgetreide stehen noch Gerste und Hafer im Vordergrunde des Interesses. Wetter: Bedeckt.

— **Reichsschatzanweisungen.** Wie die „Berl. Börsenztg." hört, gibt die Reichsbank wiederum unverzinsliche Schatzanweisungen unter der Bedingung aus, daß deren Erlös zur Bezahlung auf die nächste Kriegsanleihe verwendet wird und zwar an Bankiers mit 4½ Prozent, an Private mit 4½ Prozent. Die Schatzanweisungen verfallen am 31. Januar 1918 und werden dann automatisch verlängert.

— **Berliner Großbank-Dividendenaussichten.** Bei der Deutschen Bank steht nach der Frankf. Ztg. eine Dividende in Vorjahrshöhe von 12½ Proz. auf das erhöhte Aktienkapital in Aussicht, bei der Disconto-Gesellschaft eine solche wenigstens in Vorjahrshöhe von 10 Proz., bei der Dresdner Bank von wieder 8½ Proz. Das letztere Institut hat in Anwerpen für seine geplante Niederlassung ein Grundstück für etwa 1 Mill. Fr. gekauft.

— **Ravensberger Spinnerei in Bielefeld.** Das Werk hat wie die Verwaltung mitteilt, mit viel Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Papiergarnspinnerei hat sich allerdings gut entwickelt, wird aber sehr behindert durch häufigen Papiermangel. Die Dividende für das Jahr 1917 wird jedenfalls gegen das Vorjahr (12 Proz.) nicht unbedeutend zurückstehen.

— **Brauerei Gottlieb Büchner A.-G. in Erfurt.** Die Brauerei kaufte die Tivolibrauerei in Gotha.

Letzte Telegramme

Die Vielverbandsumtriebe in der Schweiz

Berlin, 29. November. Zu den Ententeumtrieben in der Schweiz wird in der „B. Z." gesagt: Die französische Presse benutzt die Züricher Unruhen als einen Vorwand für eine neue deutsche Propaganda in der Schweiz und versucht, Glauben zu machen, als ob Deutschland ein Interesse daran hätte, die militärische Schlagkraft der Schweiz durch anarchistische Umtriebe zu schwächen. Ein Gewährsmann der „B. Z." kann nach Erkundigungen an der maßgebenden Stelle in Zürich mitteilen, daß bisherige Gang der Untersuchung nicht den mindesten Anhaltspunkt für solche unsinnige Verdächtigungen ergeben hat. Die revolutionären Vorgänge, die aus der wirtschaftlichen Lage zu erklären seien, wären in erster Linie auf den Tatsachen geistig nicht ganz normaler Persönlichkeiten zurückzuführen, teilweise auf Umtriebe anderer Personen, deren anarchistische Gesinnung der Polizei schon längere Zeit bekannt war.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Oertliches, Handel und Verkehr, wirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: Heinrich Wiesner; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Bernandes; für den übrigen Teil: Dr. Hans Simon; für den Anzeigenteil: Carl Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711291-15/fragment/page=0004